

Klinikträger wollen mitsprechen

DÜSSELDORF. Bei der Schlußdebatte um die Reform der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) ebenso wie der von der Bundesregierung avisierten punktuellen Weiterentwicklung der Amtlichen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ '82) will die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) mitsprechen. Bisher sei die DKG bei den Entwürfen zur GOZ-Reform noch nicht gehört worden. Dies sei um so bedauerlicher, als die GOZ-Weiterentwicklung eng mit der anstehenden GOÄ-Reform verbunden werden solle, wie die amtliche Begründung betont.

Die Krankenhausgesellschaft argumentiert an das Bundesgesundheitsministerium: Die beiden Gebührenregelwerke beinhalten weitreichende Konsequenzen sowohl für den ambulanten als auch den stationären Sektor. Wie bereits zuvor die Bundesärztekammer und der Verband der leitenden Krankenhausärzte, kritisiert auch die Krankenhausgesellschaft, daß im GOZ-Entwurf Tendenzen festzustellen seien, die die bisher delegierbaren Leistungen bei der Privatliquidation ausschließen oder drastisch einschränken wollen. Dadurch ergeben sich „Weiterungen“ auch für den GOÄ-Entwurf. Daraus resultierten beträchtliche wirtschaftliche Nachteile sowohl für die Chefärzte als auch für die Krankenhausträger und die Krankenhausbenutzer (vgl. auch DÄ 31/32/1987, „Leitartikel“). HC

Praktikum in der Psychiatrie

GÜTERSLOH. Medizinstudenten der Privat-Universität Witten/Herdecke können ab September ihr Psychiatrie-Praktikum im Westfälischen Landeskrankenhaus Gütersloh absolvieren. Zwölf Studenten pro Jahr haben die

Möglichkeit, unter Betreuung und Beratung eines Klinikarztes in Kleingruppen einen Monat lang in der klinischen Psychiatrie ausgebildet zu werden. Die Kosten trägt die Universität Witten/Herdecke. sk

Therapien für gewalttätige Männer

BONN. Therapien für die Täter sowie den Anschluß an Selbsthilfegruppen empfiehlt die Gesellschaft für Familienforschung e. V., Bonn-Merkenheim, in einer Studie als Möglichkeit zur Verminderung von Gewalt gegen Frauen. Die Studie über Ursachen von Gewalt gegen Frauen und Hilfsmöglichkeiten wurde vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in Auftrag gegeben. Das Ministerium plant ein Modellprojekt einer therapeutisch geleiteten Selbsthilfegruppe für Männer, die zur Gewaltanwendung neigen. sk

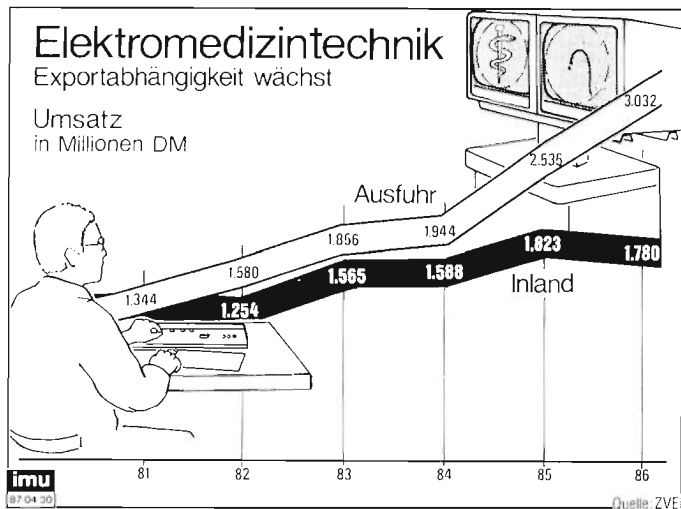
Öffentlichen Gesundheitsdienst stärker ausbauen

KÜRNACH. Den Ausbau der jugendärztlichen und jugendzahnärztlichen Dienste der Gesundheitsämter fordert der Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V. in einer Stellungnahme zu dem Sachverständigen-Gutachten für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Zur Verbesserung des öffentlichen Gesundheitsdienstes seien die Einführung bundeseinheitlicher Schulanfängeruntersuchungen, regelmäßiger Untersuchungen im vierten Schuljahr und die Wiedereinführung von Schulanfänger-Untersuchungen erforderlich, argumentiert Dr. Eberhard Pfau namens des Verbandes. Außerdem sollten jugendärztliche Sprechstunden in den Kindergärten,

Elektromedizintechnik

Exportabhängigkeit wächst

Umsatz in Millionen DM



Nach der Halbjahresbilanz 1986 zeichnete sich ein Rückgang der Investitionen im Bereich der Elektromedizin ab. Diese Tendenz hat sich im Verlauf des Jahres bestätigt. Der Inlandsatz ging gegenüber dem Vorjahr um über 40 Millionen DM zurück, in einem Jahr eines verhaltenen konjunkturellen Aufschwungs.

Grund- und weiterführenden Schulen sowie in den Berufsschulen eingerichtet werden.

Auch im jugendzahnärztlichen Bereich sei es zu Fehlentwicklungen gekommen. Dr. Pfau weist darauf hin, daß Mängel in der Prophylaxe zwangsläufig zu Kostensteigerungen führen.

Durch einen Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes könnten auch die Gesundheitsstatistiken besser erstellt werden. sk

Ausland

Strafmaß: ein Kopfpauschale

ROM. Die Regierung hat die Strafen für Verkehrsverstöße drastisch erhöht. Insbesondere Falschparken in den Innenstädten wird teuer: Der „Grundpreis“ beträgt 36 000 Lire (über 50 DM), aber die Stadtverwaltungen dürfen das auch verdreifachen. Die Ärztezeitung „Il Medico“ bemerkt dazu sarkastisch, daß ein Arzt des staatlichen Gesundheitsdienstes ein Kopfpauschale für ein ganzes Jahr riskiert, wenn er bei einem dringenden Hausbesuch keinen „legalen“ Parkplatz findet. bt

Aus der DDR

Weiterbildung für Gesundheitsökonomien

OSTBERLIN. Für leitende Ökonomen des Gesundheits- und Sozialwesens mit mehrjähriger Berufspraxis wird zum ersten Mal ein postgraduales Studium angeboten. Ein Direktstudium für Sozialpolitik und Ökonomik des Gesundheits- und Sozialwesens gibt es in der DDR an der Fachschule für das Gesundheits- und Sozialwesen „Professor Gelbke“ in Potsdam und an der Ostberliner Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“. Fortbildungslehrgänge gab es bisher in Potsdam und durch die Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR.

Für den ersten der neuen Weiterbildungsgänge wurden 40 berufserfahrene Fachleute delegiert. In fünf zweiwöchigen Seminaren, an denen unter anderem auch die Akademie für Ärztliche Fortbildung mitwirkt, und im Selbststudium können sie in 18 Monaten und nach einer abschließenden Prüfung das Recht zur Führung der Bezeichnung „Fachökonom für das Gesundheits- und Sozialwesen“ erwerben. gb